

C2 Fakten & Hintergrund

Kommission für Foto-Institut startet

Vor der Sommerpause soll die Auftaktsitzung der Gründungskommission für das Deutsche Foto-Institut in Düsseldorf stattfinden. Es soll auch mehr Öffentlichkeitsarbeit geben.

VON UWE-JENS RUHNAU

DÜSSELDORF Es dauerte lang, bis sich Bund, Land und Stadt auf die Besetzung der Gründungskommission für das Deutsche Foto-Institut (DFI) in Düsseldorf einigen konnten. Eigentlich sollten die Experten bereits im Januar erstmals zusammenkommen, jetzt steht fest: „Die Auftaktsitzung wird vor der Sommerpause stattfinden“, sagt Kulturdezernentin Miriam Koch (Grüne).

In den ersten Monaten dieses Jahres hatte es den Anschein, Düsseldorf habe gar nicht den Zuschlag für das DFI bekommen, so ruhig war es um das Thema. Dabei war im November die Freude groß, als sich Bund und Land endgültig darauf geeinigt hatten, jeweils 43 Millionen Euro für das DFI in Düsseldorf bereitzustellen. Die Landesregierung kündigte nach dem Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags an, dass noch im Januar die Gründungskommission zusammenzutreten solle.

Doch nichts geschah. Es war offenbar schwerer als gedacht, die richtige Mischung aus Männern und Frauen, Ost und West etc. zu finden. Die endgültige Zusammensetzung soll nun vor der ersten Sitzung der Kommission bei einer Pressekonferenz verkündet werden. Nicht mehr als zehn Personen sollen teilnehmen, so soll ein effektives Arbeiten sichergestellt werden. In der Ratsmehrheit wird aktuell zudem über zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit diskutiert, ein Antrag ist in der Abstimmung. Düsseldorf, das so sehr um das DFI gekämpft hat, wirkt manchem Politiker zu passiv.



Oberbürgermeister Stephan Keller mit der Beigeordneten Miriam Koch (r.) und Linda Conze, Leiterin Fotografie Kunstpalast, vor der Galerie am Eiskellerberg
FOTO: INGO LAMMERT/STADT DÜSSELDORF

Dass die Stadt Düsseldorf dennoch nicht untätig war, zeigte sich am Dienstag bei einem Termin, an dem auch Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) teilnahm: Die Stadtschulze stellte in der ehemaligen Galerie Ringel am Eiskellerberg, also gleich gegenüber der Kunstakademie, das Programm der „Bernd- und Hilla-Becher-Preis-Woche“ mit Ausstellungen, Filmvorführungen, Buchpräsentationen und audiovisuellen Vorträgen vor. Die Woche steigt vom 15. bis zum 20. Mai. Am 19. Mai wird der Hauptpreis des Bernd- und

Hilla-Becher-Preises 2022 an Carrie Mae Weems und der Förderpreis an Hannah Darabi verliehen. Sie stellen dann auch in der Galerie aus.

Die Stadt hat die Räume zunächst für drei Jahre angemietet, dort soll auch ein Büro für das DFI eingerichtet werden. Ein klares Signal auch in Richtung der Stadt Essen, die sich ebenfalls um das DFI bemüht, aber letztlich verloren hatte. Das hatte Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) im Dezember zunächst auch eingeräumt. Da es in seiner Stadt aber viel Kritik gab, kün-

digte er zuletzt an, die DFI-Vergabe nach Düsseldorf von einem Staatsrechtler überprüfen zu lassen. Wohin dies führen soll, ist unklar.

Hintergrund: Der Bundestag hatte zwei Mal für das DFI in Düsseldorf Gelder beschlossen und sich über das zwischenzeitliche Votum von Experten hinweggesetzt, die von der mittlerweile abgelösten Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) eingesetzt worden waren. Grütters war in die Düsseldorf Pläne nicht von Beginn an involviert, im Düsseldorf Rathaus galt sie als

INFO

Foto-Galerie: Besuch ist nur mit Termin möglich

Start Ab dem 20. Mai ist die Schau der Preisträgerinnen Carrie Mae Weems und Hannah Darabi in der Galerie am Eiskellerberg 1 nach Vereinbarung zugänglich.

Programm In der Becher-Woche gibt es vom 15. bis zum 20. Mai unter anderem Filme in der Black Box, am 19. Mai geht es nach Köln zur Foto-Sammlung der SK Stiftung Kultur. Anmeldung unter fotografie@duesseldorf.de

klare Gegnerin und parteiisch.

Das DFI soll zwar Ausstellungsflächen erhalten, ist aber nicht in erster Linie Museum. Es geht um die Technik der Fotografie und ihre Konservierung, ob analog oder digital, den wissenschaftlichen Austausch und ein Forum für die Profis. Der Stadtrat hat ein Betriebshof-Areal des Gartenamtes am Ehrenhof für das DFI reserviert. Fotokünstler Andreas Gursky betonte gerade erst wieder, es solle einen Architekturwettbewerb für das Institut geben.

Die Stadtschulze hatte geprüft, ob als Startstandort nicht das Stadtmuseum infrage kommen und dieses mit in das Museum für Landesgeschichte einziehen könnte. Diese Idee war aber beim Vorsitzenden des Präsidiums der Museumsstiftung auf Ablehnung gestoßen. Der Standort für das DFI muss also möglichst zeitnah bestätigt oder aber neu bestimmt werden.

Politik will neue Durchsagen bei der Rheinbahn

VON ALEXANDER ESCH

DÜSSELDORF Mit Durchsagen über Lautsprecher soll die Rheinbahn ihre Fahrgäste künftig zusätzlich über Standort und Bahn-Verbindung informieren. Die FDP hatte am Mittwochabend im Verkehrsausschuss nach dem Vorbild in Nürnberg vorgeschlagen, dass – wo Lautsprecher vorhanden sind – einfahrende Züge angekündigt

und nach dem Zustieg Linie, nächste Haltestelle und Endstation genannt werden. Felix Mölders führte aus, dass diese kostengünstige Neuerung eine große Erleichterung für erblindete Personen wäre, zudem auch für Menschen, die nicht lesen können. Scherzhaft fügte er hinzu: „Leuten, die aus der Altstadt kommen und etwas beschwipst sind, kann es auch helfen zu wissen, wo sie sich befinden.“

Der Antrag für mehr Barrierefreiheit in der Bahn traf im Ausschuss auf Zustimmung. „Es ist sehr begrüßenswert, das Ziel der Barrierefreiheit weiter zu verfolgen“, sagte Kira Heyden von den Grünen. CDU und Grüne stellten sodann einen breiter gefassten Ergänzungsantrag, dem sich die FDP anschloss.

So bekam die Verwaltung einstimmig den Auftrag, mit der Rheinbahn ein Konzept zur Verbesserung

der Fahrgastinformation in den verschiedenen Medien zu entwickeln. Also nicht nur über Lautsprecher, sondern etwa auch auf der Internetseite, in der App oder an den dynamischen Fahrgastanzeigen. Die von der FDP vorgeschlagene akustische Barrierefreiheit über Lautsprecher durchsagen in deutscher und englischer Sprache blieb Teil des Antrags.

Wohlvollend kommentiert wurde dieser auch vom Behinderten-

rat. Renate Hoop ließ als selbst Sehbehinderte ausrichten, dass es eine Erleichterung sei, nicht mehr erst zum Ansage-Knopf an den „dynamischen Fahrgast-Informationsanlagen“ laufen zu müssen. Als Tipp gab sie noch auf den Weg, dass es auch per App aufrufbare Ansage-Systeme gebe. Diese Idee nahm Verkehrsdezernent Jochen Kral auf, da aus seiner Sicht so ein passgenaueres Angebot umsetzbar sein könnte.

Beim Kinderschutz ist jede fünfte Stelle nicht besetzt

Trotz der hohen Vakanzen können alle Aufgaben erfüllt werden, betont das Jugendamt.

VON JÖRG JANSEN

DÜSSELDORF Trotz vieler unbesetzter Stellen und einer hohen Auslastung der Mitarbeiter in der zuständigen Abteilung hält die Stadt den Kinderschutz in Düsseldorf für „verlässlich gegeben“. Die Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben sei sichergestellt, sagte Jugendamtsleiter Stephan Glaremin im Jugendhilfeausschuss des Rates. Die Linke hatte zuvor eine Anfrage zum Personalmangel in den diversen Bereichen des Jugendamtes gestellt.

Tatsächlich ist der Mangel erheblich. Im Schnitt sind aktuell rund 15 Prozent der Stellen nicht besetzt. Die Besetzungsquoten schwanken zwischen rund 79 Prozent in den Abteilungen Kinderschutz, Hilfen zur Erziehung sowie Soziale Dienste. Deutlich besser sieht es mit 91 Prozent in der Jugendförderung aus.

„Es kommt in allen Abteilungen immer wieder zu personellen Engpässen und auch zu angespannten Betreuungssituationen“, meinte Glaremin. So werde sich auch die Einrichtung des angekündigten 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes für den Kinderschutz verschieben. Dieser könne erst an den Start gehen, wenn alle dort geplanten 16,5

Vollzeitstellen tatsächlich auch besetzt seien. Aktuell sind es erst 11,4 Stellen. Um das neuartige Rund-um-die-Uhr-Angebot professionell umzusetzen, braucht die Abteilung nach Einschätzung der Verwaltung sogar 2,5 zusätzliche, also insgesamt 19 Stellen in Vollzeit. Eine entsprechende Vorlage befindet sich bereits in der Abstimmung. Bei einer Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft wären künftig auch nachts Mitarbeiter des Jugendamtes erreichbar. Sie könnten bei einer Kinderschutz-Meldung jederzeit rausfahren, um sich vor Ort ein Bild von der Situation in einer Familie zu machen.

Glaremin ist zuversichtlich, in den Bereichen, in denen vor allem Sozialpädagogen und -arbeiter beschäftigt werden, geeignete Bewerber finden zu können. „Hier sieht es besser aus als bei den Erziehern. Deshalb bin ich frohen Mutes, die Besetzungsquote verbessern zu können“, sagte er im Ausschuss. Gesucht werden die Kräfte über Dauerausschreibungen. „Reicht das, um erfolgreich zu sein?“, wollte Lukas Reichert (Linke) wissen. „Das ist ja nur Element bei der Suche nach Fachkräften. Wir ergänzen das unter anderem um innovative Werbekampagnen“, betonte der Jugendamtsleiter.

Statt zehn Monate auf Bewährung nun ein Freispruch vor Gericht

Dem Angeklagten war vorgeworfen worden, als Filialleiter eines Handy-Shops eine 16-jährige Schülerpraktikantin sexuell bedrängt zu haben.

VON WULF KANNEGIESSER

DÜSSELDORF Mit einem glatten Freispruch ging beim Landgericht am Donnerstag der Strafprozess gegen einen 26-jährigen Angeklagten vorzeitig zu Ende. Ihm war vorgeworfen worden, als Filialleiter eines Handy-Shops in Oberbilk eine 16-jährige Schülerpraktikantin sogar mehrfach sexuell bedrängt zu haben. In erster Instanz hatte das Amtsgericht ihn deswegen schuldig gesprochen und mit zehn Mo-

naten Bewährungsstrafe belegt. In der Berufung hat das Landgericht dieses Urteil jetzt aber gekippt. Der Freispruch ist laut Landgericht bereits rechtskräftig.

Nach einer Anzeige des Mädchens soll der Angeklagte Ende 2020 die Tür zum Shop geschlossen haben, als mittags keine Kunden da waren – und soll sich in einem hinteren Raum neben die 16-Jährige gesetzt, sie dort zu sexuellen Handlungen gedrängt haben. „Das verstehe ich nicht“, widersprach der 26-Jährige

im Berufungsprozess. Er habe zu der Praktikantin ein gutes Verhältnis gehabt, habe sie nur einmal getadelt, als sie in Jeans mit einem breiten Querriss am Gesäß zum Praktikum erschienen sei.

Und am angeblichen Tattag habe das Mädchen mit einem Freund nach Wuppertal fahren wollen, um ein Kleid zu kaufen. Das aber habe der Filialleiter abgelehnt. Sobald sie den Shop gereinigt habe, könne sie eventuell früher gehen, so seine Antwort. Stattdessen sei die Schülerin aus der Mittagspause nicht zurückgekehrt, mehrere junge Männer seien aber erschienen und hätten den Filialleiter bedroht – „weil ich die Praktikantin angefasst und belästigt haben soll“. Das habe ihn verblüfft, weil das frei erfunden sei. Er habe das Mädchen nie angefasst, beteuerte er. Ursprünglich wollte das Landgericht die Beschuldigungen gegen ihn an insgesamt drei Verhandlungstagen auflären. Doch zum Urteil kamen die Richter schon jetzt im ersten Termin. Wegen „widersprüchlicher Zeugenaussagen“ wurde der 26-Jährige von jeglichem Verdacht freigesprochen. Auch die Staatsanwältin hat diesem Richter-spruch direkt zugestimmt.



Der Angeklagte wurde von Rechtsanwalt Niels Koch verteidigt und nun vom Landgericht freigesprochen.
FOTO: WUK

DÜSSELDORF-DATUM

Denkmalschutz für die goldene Pallas Athene

(tber) An der Hofgartenrampe neben der heutigen Tonhalle, auf der rechten Auffahrtseite der Oberkaseler Brücke steht sie, die goldene „Pallas Athene“ von Johannes Knubel (1877 – 1949). Sie wird 1926 an der Südseite des Hauptgebäudes – damals Planetarium, dann Rhein-halle – aufgestellt. Die vergoldete Bronze-Statue der griechischen Göttin hat Knubel als Auftragsarbeit für die „Große Ausstellung für Gesundheit, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ (GeSoLei) 1926 in Düsseldorf geschaffen. Pallas Athene stellt die Göttin der Künste, Wissenschaften, Weisheit und Kriegskunst dar. Sie ist ein klassisches Vorbild für ein musterhaftes Menschenbild mit ebenso musterhaften Idealen. Sie passt so zum großen Ausstellungsprojekt, das eine Bestandsaufnahme abliefern sollte für die Menschen in Deutschland nach verlorenem Ersten Weltkrieg, (Ruhr-)Besetzung und Wiederaufbau in alle Richtungen. Knubel ist ein Bildhauer, der für „effektvolle bauplastische Arbeiten“ bekannt ist und nach der Umgestaltung des Gebäudes zur Tonhalle in den 1970er-Jahren ist Pallas Athene an ihren aktuellen Standort mit Blick auf die gegenüber befindliche Kunstakademie versetzt worden. Am 28. April 1994 wird sie unter Denkmalschutz gestellt. Derzeit steht die Statue aber nicht an ihrem Platz, sondern befindet sich zur Restaurierung in einer Werkstatt.

Anzeige

Heute in Ihrer Zeitung Prospekte von:



In einer Teilaufgabe mit Prospekten von:



Die Prospekte finden Sie auch online unter weekli.de

IHR THEMA?

Darüber sollten wir mal berichten? Sagen Sie es uns!

✉ duesseldorf@rheinische-post.de

☎ 0211 505-2361

📍 RP Düsseldorf

📧 rp-online.de/messenger

📠 0211 505-2294

Zentralredaktion

Tel.: 0211 505-2880

E-Mail: redaktionssekretariat@rheinische-post.de

Leserservice

(Abonnement, Urlaubs- und Zustellservice)

Tel.: 0211 505-1111

Online: www.rp-online.de/leserservice

E-Mail: leserservice@rheinische-post.de

Anzeigenservice

Tel.: 0211 505-2222

Online: www.anzeigen.rp-online.de

E-Mail: mediaberatung@rheinische-post.de

RHEINISCHE POST

Stadt-Düsseldorf Post-Zeitung, gegründet 1712
Düsseldorfer Zeitung

Lokalredaktion Düsseldorf:

Postanschrift: 40196 Düsseldorf, Besucheranschrift: Schadow Arkaden, Schadowstraße 11 b; Redaktionsleitung: Nicole Lange; Vertretung: Oliver Wiegand (Deskchef); Chefredakteur: Stefani Geilhausen, Uwe-Jens Ruhna; Sport: Bernd Jolitz.

Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen. Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Abonnementkündigungen werden nur schriftlich beim Verlag oder einem Service Punkt mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende entgegengenommen. Freitags mit prima-Wochenendmagazin zur Zeitung. Zur Herstellung der Rheinischen Post wird Recycling-Papier verwendet.